Krakauer Zeitung.

Nr. 5. Freitag den 8. Jänner 1864.

Die „Krakauer Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementspreis: für Krakau 3 fl., mit Versendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Nkr., einzelne Nummern 5 Nkr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

VIII. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatt für die viergespaltene Petitzeile 5 Nkr., im Anzeigeblatt für die erste Einrückung 5 Nkr., für jede weitere 3 Nkr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Karl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Einladung zum Abonnement

auf das mit dem 1. Jänner d. J. begonnene neue Quartal der

„Krakauer Zeitung."

Der Pränumerations-Preis für die Zeit vom 1. Jänner bis Ende März 1864 beträgt für Krakau 3 fl., für auswärts mit Inbegriff der Postzusendung 4 fl.

Abonnements auf einzelne Monate (vom Tage der Zusendung des ersten Blattes an) werden für Krakau mit 1 fl., für auswärts mit 1 fl. 35 Nkr. berechnet.

☞ Von Neujahr an wurde der Preis für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile auf 5 Nkr. (resp. 3 Nkr.) herabgesetzt.

Amtlicher Theil.

Nr. 27.793.

Zu Gunsten der Abbrändler in Oświęcim sind in der Zeit vom 25. September bis Ende October 1863 laut der vom dortigen k. k. Bezirksamte gelieferten Nachweisung eingeflossen, u. zw.:

	fl.	kr.
Von der Stadtgemeinde Przemyśl	50	—
Von der Tuchmacher-Genossenschaft in Biała	50	—
Aus der Sammlung durch den Grafen Titus Bobrowski in Tarnów	56	70
Von der Stadtgemeinde Kęty	30	—
Von der israelitischen Cultusgemeinde Ofen	5	—
Vom Pfarramte in Osiek	30	60
Vom k. k. Bezirksamte in Saybusch	58	—
Von der Stadtgemeinde Kolomea	20	—
Vom Stadtrath in Pilsen	5	50
Vom k. k. Bezirksamte in Myślenice	18	—
Von dem Gemeinderathe in Mährisch-Ostrau	36	—
Von der israelitischen Cultusgemeinde Proschnitz	25	—
Von dem Stadtvorstande in Skotschau nach Abzug des Porto per 17 kr.	9	14
Für verkauftes Korn, 5½ Koretz, von Willanowice	23	60
Der halbe Ertrag eines Concertes in Saybusch	56	94
Vom k. k. Bezirksamte in Skawina	19	60
Vom k. k. Bezirksamte in Ślemień	6	66
Vom Pfarramte Wieprz ad Andrychau	9	70
Durch das k. k. Bezirksamt Wadowice vom Pfarramte in Muchacz	10	—
Von der Stadtgemeinde Brody nach Abzug des Porto per 26 kr.	6	54
Von der Stadtgemeinde Sekal	39	30
Von der israelitischen Cultusgemeinde Beuthen in Preussisch-Schlesien 20 Thaler, nach dem Curswerth per 1 fl. 66 kr.	33	20
Vom Pfarramte in Przeciszów	13	—
Von den Bahnbeamten in Oświęcim	44	10
Von dem k. k. Bezirksamte in Biała 67 fl. 4 kr., 2 Silbergroschen und 2 Pfennige	67	16
Vom k. k. Bezirksamte in Niepołomice	4	38
Durch das k. k. Bezirksamt in Skawina u. z. a) vom Pfarramte in Mogilany	10	60
b) vom Pfarramte in Guy	6	—
Vom k. k. Bezirksamte in Kolbuszów	9	—
Durch das k. k. Bezirksamt Wadowice vom Pfarramte Tluczan	4	—
Durch das königl. Stuhlrichteramt in Bittsc von den Regalienpächtern Jakob Grünbaum aus Bittsc, Salomea Folkman aus Dlhepole und Regina Leindorfer aus Rowna im Trentschiner Comitate	40	—
Von der Frau Theresia Gräfin Bobrowska aus Andrychau Bauholz im Werthe von 330 fl.		
Von der Gemeinde Pietrowice 13 Metzen Korn.		
An milden Gaben sind daher in dieser Zeit zusammmen eingegangen dann Bauholz im Werthe von 300 fl. österr. Währung und 13 Metzen Korn.	797	72
Hiezu die Sammlung in der Zeit vom 30. August bis 25. Sept.		
Uebertrag	797	72
1863 und zwar im Baaren	1874	75
20 Thaler und 3 Silber-Rubel, endlich 27 Koretz Erdäpfel, 2 Koretz Korn, 1409 Laib Brod und Bauholz im Werthe von 200 fl.		
somit sind im Ganzen vom 30. August bis Ende October 1863 eingegangen	2672	47
20 Thaler und 3 Silber-Rubel, endlich 27 Koretz Erdäpfel, 8½ Koretz Korn, 1409 Laib Brod und Bauholz im Werthe von 500 fl.		
Vertheilt wurden bis zum 25. September	245	60
und 27 Koretz Erdäpfel, 2 Kor. Korn, 1409 Laib Brod und Bauholz im Werthe von 200 fl. und in der Zeit vom 25. Sept. bis Ende October	2073	2
20 Thaler und 3 Silber-Rubel, dann Bauholz im Werthe von 300 fl.		
Zusammen daher	2318	62
20 Thaler und 3 Silber-Rubel, endlich 27 Koretz Erdäpfel, 2 Koretz Korn, 1409 Laib Brod und Bauholz im Werthe von 500 fl.		
so bleiben daher noch zur Vertheilung übrig im Baaren	353	85
und 13 Metz. oder 6½ Kor. Korn.		

Was mit dem Ausdrucke des Dankes für die hochherzigen Geber zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 29. December 1863.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben laut Allerhöchstem Handschreiben vom 1. Jänner d. J. dem Generalsecretär der k. k. a. pr. galizischen Karl Ludwigsbahn, Regierungsrath Dr. Johann Herz, Allerhöchstihren Orden der eisernen Krone dritter Klasse mit Nachsicht der Taxen allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 22. Dezember v. J. die Uebernahme des ordentlichen öffentlichen Professors der Rechte Dr. Andreas Horak an der Universität in Lemberg in den bleibenden Ruhestand allergnädigst zu genehmigen, demselben aus diesem Anlasse in Anerkennung seiner vieljährigen ersprießlichen Wirksamkeit im Lehrfache tarfrei den Titel eines kaiserlichen Rathes zu verleihen und weiter den verfügbaren ordentlichen Professor der Preßburger Rechtsakademie Dr. Johann Bayer zum außerordentlichen Professor der Finanzgesetzkunde an der erwähnten Hochschule allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 3. October, 22. und 29. December v. J. den Bankhäusern George Grenfell Gbyn und Sommerset Beaumont in London, dem Fürsten Leo Sapieha, dem Grafen Eugen Kinsky, Karl Freiherrn v. Tinti und Simon Winterstein, ferner dem Grafen Edmund Zichy, dem Freiherrn Rudolph von Erggelet, dem Großhändler Karl Klein und dem Kaufmann Adalbert Zinner die Gründung einer Actiengesellschaft in Wien unter der Firma „Anglo-österreichische Bank" allergnädigst zu bewilligen und die Statuten derselben zu genehmigen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 25. December v. J. die bei der königlichen Tafel erledigte Stelle eines Tabulae Baro dem k. k. Kämmerer Grafen Julius Dessewffy allergnädigst zu verleihen geruht.

Das Staatsministerium hat über Vorschlag des fürstbischöflichen Ordinariates von Laibach den Weltpriester dieser Diöcese, Anton Brodnik, zum Religionslehrer am Untergymnasium zu Krainburg ernannt.

Das Ministerium für Handel und Volkswirthschaft hat den Postamtscontrolor in Linz, Alois v. Mayrhauser zu Spermannsfeld, über sein Ansuchen zum Postamtsverwalter in Bregenz ernannt.

Die königl. ungarische Hofkanzlei hat den Priester der Graner Erzdiöcese, Johann Gabriely, zum wirklichen Religionslehrer an dem königlichen Obergymnasium zu Pest ernannt.

Die croatisch-slavonische Hofkanzlei hat den Assistenten an der steiermärkisch-ständischen Ober-Realschule in Graz, Martin Jelonšek, zum wirklichen Lehrer an der Ober-Realschule in Agram ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 8. Jänner.

Die Kreuzzeitung ließ sich aus Wien melden, das österreichische Cabinet habe in Berlin erklärt, es wolle von jeder Action in der schleswig-holsteinischen Frage zurücktreten, wenn Preußen sich im jetzigen Stadium vom Londoner Protocoll lossage. Nach der „Presse" ist diese Mittheilung der Kreuzzeitung vollkommen erfunden. Die Wahrheit sei vielmehr, daß in einem zu Berlin unter Vorsitz des Königs abgehaltenen Ministerrath beschlossen wurde, am Londoner Protocoll festzuhalten, auf Grundlage desselben die Action bezüglich Schleswigs im Verein mit Oesterreich fortzusetzen, und sich über ein gemeinschaftliches Vorschreiten am Bunde mit Oesterreich in Verständigung zu erhalten, falls der Antrag der Großmächte wegen der Besetzung Schleswigs durch österreichisch-preußische Truppen allein abgelehnt oder modificirt werden sollte. Worin die Politik Preußens in diesem Fall bestehen würde, das verräth die „Zeidl. Corr.", welche von einer „ganz energischen Haltung gegen die agitatorischen Bestrebungen der deutschen Kleinstaaten und der revolutionären Partei" spricht. Die Mittelstaaten dagegen berathen, wie es heißt, über einen Antrag auf Sistirung der österreichisch-preußischen Truppensendungen nach Holstein bis zu jedesmaliger specieller Ordre des Bundes.

Der Stand der Verhandlungen zwischen Wien und Berlin wird in folgender Weise bezeichnet. Preußen hatte gewünscht, den Antrag unter den gegenwärtigen Verhältnissen zurückzuziehen, weil bei den Erfahrungen, die man in Holstein gemacht hatte, die Besetzung Schleswigs einen Eroberungscharakter annehmen konnte. Oesterreich jedoch als Urheber des Antrages war nicht für die Zurückziehung desselben, machte aber den weiteren Vorschlag, dem Antrag die Bedingung hinzufügen, daß die Ausführung den Antragstellern, nämlich den beiden deutschen Großmächten, ausschließlich überlassen werde. Damit wäre die Bürgschaft gegeben, daß dieser Schritt nicht wie bei der Execution in Holstein über die ursprünglichen Absichten weit hinausgehe. Am 5. d. wurde nun die Zustimmung des preußischen Cabinetes zu dem letzteren Vorschlage der österreichischen Regierung erwähnt, und vereinigen sich die beiden Cabinete, um am Bunde im Sinne ihrer Auffassung der schwebenden Frage gemeinsam zu wirken.

Aus Frankfurt, 6. Jänner, wird tel. gemeldet: Dem Vernehmen nach beabsichtigen Oesterreich und Preußen, ein Einschreiten des Bundestags gegen den Ausschuß der Abgeordneten-Versammlung und dessen geschäftsleitende Commission zu beantragen. An mehrere Regierungen sollen Noten ergangen sein, energische Maßregeln gegen die über ganz Deutschland verbreitete Bewegung fordernd. (Diese so vag gehaltene Nachricht scheint eine tendenziöse Erfindung zu sein).

Die für den 4. d. angesagte Sitzung der Bundes-Versammlung hat nicht stattgefunden, und es ist noch ungewiß, wann die nächste Sitzung stattfinden wird.

Herr v. d. Pfordten, welchem das Referat über die Successionsfrage obliegt, soll seinen Bericht noch nicht beendigt haben, wie gemeldet worden; ja man versichert sogar, daß neuerlich zwischen ihm und dem baierischen Minister des Aeußern, Herrn v. Schrenk, Differenzen entstanden sind, welche leicht den Rücktritt des baierischen Bundestags-Gesandten zur Folge haben könnten.

In Berlin hat der Erbprinz, wie der „Presse" von dort geschrieben wird, Erklärungen abgeben lassen, welche darauf berechnet waren, die Bismarck'sche Politik zu captiviren. Der General Prinz von Augustenburg, Bruder des Herzogs, erklärte im Namen des letztern Herrn v. Bismarck, daß dieser jede Gemeinsamkeit mit den unlautern Elementen zurückweist, welche die deutsch-nationale Bewegung zu seinen Gunsten an die Oberfläche getrieben habe. Der Herzog habe einer Bewegung nicht steuern können, welche alle Schichten der Bevölkerung der Mittelstaaten ergriffen und auf positive Zusicherungen ihrer Staatsmänner gestützt war. Aber der Herzog habe stets den Moment erwartet, sich im conservativen Interesse des Scheines einer Bundesgenossenschaft zu entledigen, und glaube dieser Pflicht in der Zuschrift an den Kaiser Napoleon III. genügt zu haben. Der Herzog schlage die Zusammenberufung der schleswig-holstein'schen Ständeversammlung vor, und sei bereit, den Beschluß dieser Versammlung einem europäischen Congreß zu übertragen, wenn die deutschen Großmächte das Londoner Protocoll aufgeben und England auf den illegitimen Fortbestand der dänischen Gesammt-Monarchie verzichtet. Der Correspondent der „Presse" fügt hinzu: Diese Erklärungen scheinen von keinem günstigen Erfolge begleitet gewesen zu sein, und der General Prinz von Augustenburg habe seine Entlassung aus den preußischen Diensten genommen.

Die Anrufung des Einschreitens des Bundes gegen das Auftreten des Herzogs Friedrich in Holstein ist, wie man der „DAZ." aus Wien meldet von außen gekommen; Lord Bloomfield hat in einer die Formen des hergebrachten diplomatischen Verkehrs nahezu verletzenden Weise den Gegenstand in Wien zur Sprache gebracht; daß in Berlin und Frankfurt dasselbe geschehen, wird wohl als selbstverständlich zu betrachten sein. In Wien würde man ohne eine solche äußere Veranlassung die Sache ignorirt haben, nachdem der Herzog Sorge getragen, durch Herrn v. Wydenburg versichern zu lassen, daß er nichts weniger als eine factische Besitzergreifung vorzunehmen oder überhaupt irgendwie den Entschlüssen des Bundes vorzugreifen beabsichtige, und daß sein Aufenthalt in Holstein nur ein kürzest bemessener sein werde. Eine Zumuthung an den Dresdener Hof, Herrn von Könneritz kurzer Hand anzuweisen in der den Umständen entsprechenden Form sofort die Entfernung des Prinzen zu veranlassen, werde dort mit der Hinweisung abgelehnt, daß Herr v. Könneritz in seiner jetzigen Stellung nur aus Frankfurt Weisungen zu empfangen habe.

Ueber die englische Drohnote schreibt die A. „A. Z.": Die Note, welche Sir. A. Malet im Auftrage der britischen Regierung unterm 27. Decbr. an den deutschen Bund gerichtet hat, (es soll eine noch neuern Datums bestehen) ist für den letzteren so beleidigender Natur, daß ihre Zurückweisung in den energischsten Ausdrücken erfolgen muß. Das britische Cabinet notificirt dem Bund, daß es fremden Mächten beliebt hat, in einer rein deutschen Sache gegen deutsches Recht und deutsche Interessen eine Entscheidung zu treffen, welcher der Bund sich willig unterwerfen soll, widrigens ihm mit ernsten Verwickelungen gedroht wird. Obwohl die der preußischen Regierung nahestehenden Organe es über sich gewonnen, eine so unerhörte Anforderung ganz in der Ordnung zu finden, so halten wir es doch für unmöglich, daß der deutsche Bundestag sich dazu verstehen sollte, dem Verlangen Englands nachzugeben. Thäte er es, so würden wir uns nicht darüber zu beklagen haben, wenn morgen dieselben fremden Mächte zusammentreten und im Interesse der europäischen Ordnung den Thron der Wittelsbacher irgend einem fremden Prinzen zuwiesen. Dieser Vorgang stellt es zugleich ganz außer Zweifel, daß das Recht und die Interessen des Augustenburgers ganz identisch mit dem Recht und den Interessen aller deutschen Fürsten sind, und daß diese sich ängstlich vor den Fallen zu hüten haben, die ihnen von allen Seiten gelegt werden.

Die Nachricht der „Europe", der britische Gesandte Sir Mallet habe dem Bundestags-Präsidenten eine neue Note Englands zugestellt, worin von der Annahme oder Ablehnung des englischen Conferenzvorschlags Krieg oder Frieden abhängig gemacht wird, soll unbegründet sein. An der Sache sei nur so viel wahr, daß Sir Mallet im mündlichen Verkehre mit den Mitgliedern der Bundesversammlung vor Schritten warnt, die zu einem ernsten Conflicte mit England führen müßten, und daß von mancher Seite gewünscht wird, es mögen diese Mahnungen nicht überhört werden, damit nicht der deutsche Bund in die Lage käme, später im Angesichte wirklichen Zwiespaltes mit dem Auslande gefaßte Beschlüsse wieder zurückzunehmen, was jedenfalls dem Ansehen Deutschlands weniger vortheilhaft wäre als Mäßigung aus freien Stücken.

Wie man der „F. P. Z." jetzt als zuverlässig meldet, hat sich die englische Regierung nicht damit begnügt, beim Bundestag zu Gunsten Dänemarks zu intercediren, sondern ihren Gesandten an den Höfen der Mittelstaaten auch gleichzeitig die Weisung zugehen lassen, diesen Regierungen in Bezug auf ihr Verhalten in der schleswig-holstein'schen Sache die eindringlichsten Vorstellungen zu machen. Baiern soll die betreffenden Insinuationen mit der einfachen Hinweisung, daß es sich im vorliegenden Falle um eine reindeutsche Frage handele, beantwortet haben.

Ein Hamburger Telegramm in der „Indep." meldet, die englischen Gesandten in Dresden und Hannover hätten die Weisung erhalten, unverzüglich ihre Pässe zu nehmen, sobald die Bundestruppen die Eider überschreiten und in Schleswig einrücken.

Das „Memorial Diplomatique" erklärt das Gerücht für durchaus unbegründet, als habe Frankreich sich den Vorstellungen Englands an den deutschen Bundestag angeschlossen. Frankreich, dessen Interesse in keiner Weise weder direct noch indirect durch jene Herzogthümer-Frage berührt werde, sei entschlossen, eine rein abwartende Haltung zu bewahren.

Das „Mémorial" sagt, Frankreich wünsche zunächst über 2 Puncte sich zu vergewissern. Da der deutsche Bund nach dem englischen Vorschlag in der Conferenz vertreten sein solle, so sei es die Frage, ob, im Falle wesentlicher Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Vertreter des deutschen Bundes und den Vertretern der beiden deutschen Großmächte, das Votum des Ersteren oder das des Letzteren den Willen Deutschlands ausdrücke. Ferner müsse man ihm zuvor die Garantie dafür zeigen, daß die Beschlüsse der Conferenz zur Ausführung gebracht würden. Das ist der große Punct, über den man sich vorher verständigen muß, damit die Autorität des europäischen Areopagus nicht compromittirt werde und die Conferenz nicht ohne praktische Resultate bleibe. Ganz abgesehen davon, daß der deutsche Bund und die deutschen Großmächte schwerlich das Ganze dieser theilweise ganz internen Frage einer solchen Conferenz vor-

legen werden, so liegt in diesen Auslassungen die französische Verurtheilung des englischen Projectes. Minister Drouyn will durchaus von diesem Project nichts wissen, dagegen soll General Fleury, der in Kopenhagen war, demselben günstiger gestimmt sein.

Der Constitutionnel macht mit selbstzufriedener Miene darauf aufmerksam, daß die von England in der schleswig-holsteinischen Frage befolgte Politik weder den Beifall der Deutschen, noch den der Dänen erlange. Der Constitutionnel zählt die einzelnen Zweideutigkeiten und Widersprüche der Politik Englands in dieser Angelegenheit auf und fragt dann mit schadenfroher Entrüstung: „Ist es also zum Verwundern wenn eine so verwickelte Politik gleichzeitig die Dänen und die Deutschen zufrieden stimmt und hier wie dort allen Credit verliert? Dies ist bereits heutzutage der Fall, wie es die glaubwürdigsten Organe der öffentlichen Meinung nördlich und südlich von der Eider nachweisen.

Im Haag, schreibt man der „N. Pr. Z.", ist man in dem deutsch-dänischen Streit nicht auf Seiten Deutschlands, die Details der schwierigen Rechtsfrage kennt man nicht, und so gehorcht man den politischen Impulsen, die bald von Frankreich, bald von England ausgehen, aber von beiden Seiten günstig für Dänemark sind.

Die in der Neujahrsnacht gegen den preußischen Gesandten in Frankfurt vorgekommenen Demonstrationen werden allem Anschein nach nicht ohne gewichtige Folgen bleiben. Es heißt zwar, der Senat habe sich beeilt, dem preußischen Gesandten sein Bedauern über das Vorgefallene aussprechen zu lassen, doch versichern Personen, die zu der preußischen Legation gewisse Beziehungen haben, man werde in Berlin die Sache diesmal nicht so leicht nehmen und ernstlich auf dauernde Vorkehrungen gegen die Wiederkehr solcher Vorfälle dringen. Uebrigens hat auch das diplomatische Corps der Bundesversammlung in seinen hervorragendsten Gliedern Hrn. v. Sydoff zu erkennen gegeben, wie sehr er das Geschehene mißbilligt.

Die neuliche Angabe, daß Hr. v. Dirckinck-Holmfeld, der bisherige Gesandte Dänemarks für Holstein und Lauenburg beim Bund, Frankfurt verlassen habe, beruhte auf einem Irrthum. Derselbe befindet sich noch dort.

Wie der „D. Allg. Z." aus Holstein geschrieben wird, haben die Bundescommissäre an das Kopenhagener Cabinet das bestimmte Verlangen der Auslieferung sämmtlicher in die dänische Armee hineingeschobener holstein'scher Dienstpflichtigen gestellt, und ließ gleichzeitig Earl Russell der dänischen Regierung zu gleichem Zweck mündlich einen Rathschlag überliefern. Inzwischen wird berichtet, daß auch das neue dänische Ministerium die Auslieferung der widerrechtlich in Gefangenschaft gehaltenen holstein'schen Soldaten auf das Allerentschiedenste verweigern soll.

Die Verhandlungen über die europäische Conferenz, schreibt der Wiener †* Corr. der „Bohemia", haben wieder einen Schritt rückwärts gethan. Nachdem Frankreich bereits geneigt schien, die successiven Conferenzen, deren jede sich mit einer bestimmten einzelnen Frage — die erste mit dem deutsch dänischen Conflict — zu beschäftigen haben würde, zu concediren, hat es in neuester Zeit seinen früheren Vorschlag wieder aufgenommen, nach welchem die allerdings zunächst zur Erledigung dieses Conflictes berufene Conferenz gleichwohl nicht unbedingt und unter allen Umständen auf dieses Thema zu beschränken sei. Der Kaiser Napoleon hat, als er den alten Vorschlag wieder hervorsuchte, offenbar darauf gerechnet, daß die steigende Verwicklung in der schleswig-holsteinischen Frage selbst innerhalb des Bundes für das bisher widerstrebende Oesterreich eine zwingende Veranlassung sein werde, bei der Conferenz jetzt die eine oder die andere onerose Bedingung mit in den Kauf zu nehmen.

Ein Telegramm aus Rom meldet, daß Cardinal Antonelli dem französischen Botschafter, Herrn v. Sartiges, die Geneigtheit des Papstes sich an dem Congrès restreint zu betheiligen, zu erkennen gegeben.

Nach dem Vorgange der „France" ertheilt auch der „Constitutionnel" dem Turiner Cabinet eine officiöse Verwarnung: es solle sich nicht bekommen lassen, das österreichische Festungsviereck anzugreifen, da Frankreich sich durch die Verträge gebunden hatte und (nach dem vielberufenen Ausspruch des Kaisers) nur da zu den Waffen greife, wo es in seiner Ehre oder in seinen Interessen verletzt worden sei. Das läßt sich hören, aber warum sprechen die Congreß-Advocaten dann überhaupt noch von einer venetianischen Frage?

Ein Artikel der „Daily News" bringt die Nachricht, daß sich der Erzherzog Ferdinand Max nach Paris begeben werde; demzufolge soll sich der Erzherzog bald darauf nach St. Nazaire begeben, um sich nach Vera-Cruz einzuschiffen und auf das Plebiscit von Mexico verzichten, nachdem ihm die Erfolge der französischen Waffen in Mexico eine hinreichende Garantie bieten. Die Regierung der vereinigten Staaten soll zugesagt haben, auf eine Intervention zu verzichten, wenn Frankreich gewisse Versprechungen bezüglich seines den Südstaaten gegenüber einzunehmenden Verhaltens macht. (Alle diese Nachrichten sind mit Vorsicht aufzunehmen).

Aus Krakau, 30. December, schreibt man der „G.-C.": Unmittelbar vor Schluß laufenden Jahres sind in unserer Stadt wieder mehrere politisch-verdächtige Individuen festgenommen worden, Verhaftungen, welche für die geheimen Anhänger des politischen Aufstandes als ein schwerer Schlag bezeichnet werden. Es soll nämlich, wie mir von verläßlicher Seite versichert wird, die Verhaftung diesmal nicht nur einige der thätigsten Agenten Mieroslawski's und dessen Partei getroffen, sondern man soll bei den Verhafteten zugleich hochwichtige Papiere vorgefunden haben, welche über die Pläne und Absichten der in der Leitung des polnischen Aufstandes allem Anscheine nach zur Uebermacht gelangten rothen Partei für das nächste Frühjahr keinen Zweifel übrig lassen. Ein bei dieser Gelegenheit mitconfiscirtes Schriftstück enthält einen genauen Plan der revolutionären Organisirung in Galizien, wie sie von der rothen Partei projectirt und allem Anscheine nach auch schon theilweise in der Ausführung begriffen war.

Es soll sich aus diesen Schriftstücken ein charakteristischer Unterschied in dem Vorgehen der bisherigen Leiter der Insurrection und den Plänen der rothen Partei zeigen. Während die weiße oder aristokratische Partei, von obenheraborganisirend, von der Centralregierung in Warschau aus das Netz ihrer Verbindung allmälig über das flache Land zu verbreiten bemüht war und zum größten Theil Gutsbesitzer zu ihren Organen und Functionären wählte, zeigt sich der demokratische Charakter der Rothen darin, daß sie an ihrer für Galizien projectirten Organisirung einer geheimen Macht zunächst die Volksmasse mit sich fortreißen und dieselbe, insbesondere aber die Dorfgeistlichkeit, die Bürger der kleinen Städte und den Handwerkerstand zur Basis ihrer Organisation zu machen bemüht waren. Die Organisirung der sogenannten Nationalwache und vor Allem die der Handwerkerbrüderungen scheinen das erste Ziel der geheimen Agitationen gewesen zu sein.

Die Masse der Bevölkerung sollte, insofern sie wehrfähig und für die Sache zu gewinnen ist, der Nationalwache einverleibt werden, welche, gebunden mit einem fürchterlichen Eide, bestimmt war, im gegebenen Momente das allgemeine Aufgebot zu bilden. So soll in dem Organisationsplane schon die Bildung der einzelnen Cadres angedeutet und sogar für die Aufstellung von 3 mobilen Reitercolonnen vorgesehen gewesen sein, deren Aufgabe war, Raubzuge gegen bestimmte Staatscassen auszuführen. Eine allerdings einfache zur Aufrechthaltung des Aufstandes in Angriff genommene Finanzoperation.

Daß übrigens diese Partei in der Bekämpfung ihrer Gegner sich vor Meuchelmord und Blutgerüst nicht scheut und jeden eventuellen Widerstand durch eine nichts schonende Schreckensherrschaft zu beugen entschlossen ist, davon geben mehrere Stellen der aufgefundenen Documente unleugbares Zeugniß.

Wir sind neugierig zu hören, was Jene, welche die Umtriebe und Agitationen der sich in Galizien herumtreibenden Agenten des polnischen Aufstandes als durchaus nicht gegen die Sicherheit des österr. Staates gerichtet erklären, gegenüber diesen im Originale vorliegenden Actenstücken sagen werden, wodurch die Absicht, in Galizien selbst einen bewaffneten Aufstand zu provociren, nicht länger geleugnet werden kann. Doch sollte sich der Schauplatz dieser Wühlereien nicht allein auf Galizien beschränken, vielmehr ist in dem Organisirungsentwurfe auch für die Errichtung einer eigenen Guerrillabande vorgesorgt, mit der Bestimmung durch die Karpathen die Verbindung mit Ungarn herzustellen und zu erhalten. Diesen Maßregeln gegenüber sollen die ernsteren Maßnahmen der Regierung zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe in Galizien noch immer nicht gerechtfertigt sein? Wir glauben, es werden sich in dieser Frage allmälig auch die Ungläubigen bekehren.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 6. Jänner. Dem heute in der Hofburg-Pfarrkirche stattgefundenen Fest-Gottesdienste wohnten Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin, Erzherzog Franz Carl und die Frau Erzherzogin Sophie und der größte Theil der Mitglieder des Hofstaates bei.

Se. Majestät der Kaiser Franz Joseph hat den alten hilfsbedürftigen Kriegsveteranen in Würzburg durch die österreichische Gesandtschaft in München 20 Ducaten zugehen lassen.

Für Gnadenwald, den Geburtsort des Tiroler Helden und Genossen Andreas Hofer's, Speckbacher, wird eine große „Speckbacherglocke" gegossen, zu welcher Se. Maj. der Kaiser 4 bronzene Kanonen gespendet hat.

Bei Sr. k. Hoh. dem Herrn Erzherzog Albrecht fand heute ein Diner statt, an welchem die Herren Erzherzoge Theil nahmen.

Der neue großherzoglich hessische Gesandte, Herr Heinrich v. Gagern, wurde heute von den Herren Erzherzogen empfangen.

Der Herr Staatsminister v. Schmerling dürfte, nachdem die Südbahnstrecke wieder fahrbar ist, heute Abends in Wien eintreffen.

Der kgl. ungarische Statthalter Herr Graf v. Palffy ist am Dinstag Nachmittags mit dem Schnellzuge von Pest hier angekommen und hat gleich nach seiner Ankunft eine längere Besprechung mit dem k. ungarischen Hofkanzler Herrn Grafen von Forgach gehabt. Morgen wird Herr Graf Palffy Audienz bei Sr. Majestät dem Kaiser haben.

Se. Exc. der k. k. österreichische Bevollmächtigte Dr. Freiherr v. Raule ist gestern nach Dresden abgereist, um die Sitzungen der Bundescommission für ein deutsches Obligationsrecht wieder zu eröffnen.

Altgraf Franz Salm hat seine Stelle als General-Director des böhmischen Gewerbevereins niedergelegt.

Die Rottert'sche Local-Correspondenz war schlecht unterrichtet, als sie am letzten Sonntage den Herrn Ober-Staatsanwalt und Abgeordneten des tirolischen Landtages, Dr. Haßlwanter, in Wien ankommen ließ; der Herr Ober-Staatsanwalt befindet sich, wie wir in Tiroler Blättern lesen, wohlbehalten in Innsbruck und erwartet die Ankunft des Herrn Bischofs Dr. Feßler, welcher ihm das Breve überbringen soll, zu welchem der Papst ihn zum Ritter des St. Gregor-Ordens ernennt.

Bei der am 4. d. M. in Hohenelbe vorgenommenen Wahl eines Landtags-Abgeordneten der Städte Hohenelbe, Langenau und Arnau wurde der vom deutschen Wahlcomité zu Prag vorgeschlagene Candidat, Herr Dr. Seidl, Professor an der medicinischen Facultät in Prag, mit 122 von 139 Stimmen gewählt.

In Trient wurde an Stelle des vor Kurzem verstorbenen Landtags-, zugleich Reichsraths-Abgeordneten Grafen Consolati Dr. Carl Garbini in den Landtag gewählt.

Der „Ostd. Post" wird aus Pest geschrieben, daß die Häupter der Föderalisten in Prag und Agram seit einiger Zeit eine ganz besondere Thätigkeit entwickeln, um sich mit den Häuptern der sogenannten Adreßpartei in Pest ins Einvernehmen zu setzen.

Deutschland.

Das Schreiben, mittelst dessen der Herzog von Schleswig-Holstein den Antritt seiner Regierung über Schleswig-Holstein dem Schweizer Bundesrath angezeigt hat, lautet wörtlich:

Es hat dem Allmächtigen gefallen, meinen Herrn Vetter, Friedrich VII., König von Dänemark und Herzog von Schleswig-Holstein ꝛc., am 15. November nach kurzer Krankheit aus diesem Leben abzuberufen. Indem ich nicht ermangelte, den hohen Bundesrath von diesem für mich und mein Haus so verhängnißvollen Trauerfalle in Kenntniß zu setzen, verbinde ich damit zugleich die ergebenste Anzeige, daß ich kraft der alten Erbfolgeordnung der Herzogthümer Schleswig-Holstein und des oldenburgischen Hauses, kraft der durch die schleswig-holsteinische Landesversammlung in dem Staatsgrundgesetze ausdrücklich bestätigten Ordnungen und endlich kraft der von meinem Herrn Vater zu meinen Gunsten ausgestellten Verzichtsurkunde die Regierung der mir als erstgeborenen Prinzen der nächsten Linie des oldenburgischen Hauses angestammten Herzogthümer Schleswig-Holstein angetreten habe. Mit dem aufrichtigen Wunsche, daß zwischen der Schweiz und meinen Landen auch fernerhin das bisherige freundschaftliche Verhältniß bestehen möge, brauche ich diesen Anlaß zur Versicherung der vollkommensten Hochachtung ꝛc.

Friedrich.

H. Sammer.

In der näheren Umgebung der Herzogs in Kiel befinden sich außer dem koburgischen Minister Francke, früher vor 1848 lange Zeit Mitglied der schleswig-holsteinischen Kanzlei in Kopenhagen, die Herren Sammer, früher juristischer Professor in Kiel, Major Schmidt, ein früherer schleswig-holsteinischer Officier, der aus preußischen Diensten in die schleswig-holsteinische Armee eintrat, Graf Louis Reventlow, der als Agent des Herzogs während der letzten Wochen von Hamburg aus eine bedeutende Thätigkeit entwickelt hat, und Dr. Karl Lorenzen, ehemals Privatdocent in Kiel, zuletzt eine Zeit lang Redacteur der ministeriellen „Preußischen Zeitung."

Der „Kob. Ztg." zufolge hat sich am 1. d. im besonderen Auftrage des Herzogs von Koburg der Cabinetsrath Dr. Tempeltey nach Holstein begeben.

Den Herren Wiggers und Lehmann, aus Rendsburg, welche im Auftrage des Deputirten-Collegiums dem Herzog die Anzeige von der Huldigung der Stadt-Collegien überbrachten, ist ein sehr freundlicher Empfang zu Theil geworden. Der Herzog äußerte u. A., daß es ihn lebhaft freue, daß Rendsburg, die durch Vaterlandsliebe und Energie von jeher hervorragendste nördlichste Stadt Holsteins, auch in dieser Beziehung vorangegangen, daß er sich sehne, in der Mitte seiner lieben Rendsburger zu erscheinen, er aber vorläufig wegen der an der Gränze stattfindenden militärischen Verwicklungen und der Gefahren, welche ein derartiger Besuch über die Stadt zur Zeit heraufführen könne, zu seinem Bedauern noch davon absehen müsse. — Der Magistrat, welcher aufgefordert worden war, der Deputation des Collegiums ein Mitglied aus seiner Mitte beizuordnen, hat erklärt, daß derselbe theils durch Amtsgeschäfte der Oberbeamten und Krankheit ꝛc. der übrigen Senatoren abgehalten sei, sich daran zu betheiligen.

Aus Rendsburg, 3. d., wird den „H. N." geschrieben: Fast in jeder Nacht kommen Deserteure an, so vorgestern Nacht zwei schleswigsche Husaren, die mit ihren Pferden sich durch das dünne Eis der Eider arbeiteten. Einer der dänischen Posten auf der Schleusenbrücke, kam gestern zu dem sächsischen Posten herüber schüttelte diesem die Hand und sagte: „Ich bin auch ein Deutscher und bleibe jetzt bei Euch, Kameraden." Er wurde natürlich aufgenommen, doch ist Befehl ertheilt worden, jeden Deserteur in Uniform zurückzuweisen.

Die ständige Bürgerrepräsentation in Frankfurt a. M. hat genehmigt, daß sich die Stadt mit der von der gesetzgebenden Versammlung vorläufig auf 100,000 Thlr. bestimmten Summe an der Anleihe des Herzogs von Augustenburg betheilige.

Der sächsische Bundestagsgesandte hatte laut seiner von Herrn v. Beust in der Kammersitzung zu Dresden am 5. d. mitgetheilten Instruction auf den österreichischen Antrag bezüglich des Herzogs Friedrich zu erklären:

„Die Anwesenheit des Prinzen in Holstein erscheint allerdings gerade in Betracht seiner Stellung als Thronprätendent unverträglich mit der Führung der Landes-Regierung durch den Bund. Es sei daher der Prinz, sofern er sich nicht selbst dazu veranlaßt sehen sollte, zu ersuchen, sich im Herzogthum nicht aufzuhalten, bis zu dem Zeitpunct, wo der Bund in der Lage sein wird, das Land dem als rechtmäßig anerkannten Nachfolger zu eigener Verwaltung zu übergeben. Gegen eine Wortfassung wie „Auffordern, sofort verlassen," erklären Sie Sich, und stimmen gegen den ganzen Beschluß, wenn nicht „ersuchen" gesetzt wird."

In Bezug auf die Errichtung eines Lagers bei Forchheim erhält der „Nürnb. Corr." folgende dem Anschein nach aus officiöser bairischer Quelle geflossene Notiz: „Das Gerücht, welches die „Süddeutsche Zeitung" erwähnte, daß ein Lager bei Forchheim errichtet werden solle, ist, wie ich auf Grund eingezogener Erkundigung versichern kann, nicht ohne Grund. Oesterreich und Preußen haben bekanntlich den Antrag gestellt, gegebenen Falls die Executionstruppen so zu verstärken, daß auch Schleswig besetzt werden könnte. Zu dieser Verstärkung würden nun auch Truppen des 7. und 8. Bundes-Armeecorps herangezogen werden, und um diese eventuell zur Hand zu haben, wie auch im Voraus aneinander zu gewöhnen, ist der Antrag gestellt worden, ein Lager bei Forchheim zu errichten, das vorerst von Baiern und Württembergern bezogen werden würde. In diesem Stadium schwebt jetzt die Angelegenheit." (Wenn die Sachen sich überhaupt kriegerisch entwickeln, so möchte das wohl so schnell gehen, daß das bairische Lager nicht erst aufgeschlagen zu werden braucht.)

Die „A. Z." stellt die Richtigkeit der Nachricht von einem projectirten Lager bei Forchheim in Abrede; in der gegenwärtigen rauhen Jahreszeit werde Niemand unnöthigerweise Menschen und Pferde der unausbleiblichen verhängnißvollen Einwirkung derselben aussetzen wollen. Dagegen sei es wahrscheinlich, daß Baiern und Württemberg 30.000 Mann starke Truppencorps-Cantonnirungen längs der bairischen Süd-Nordbahn auf der Strecke von Nürnberg bis Lichtenfels derart staffelförmig beziehen lassen werde, daß die Truppen auf jeden eintreffenden Befehl unmittelbar auf der Eisenbahn ohne den geringsten Verzug weiter befördert werden könnten.

In Caub wurde der 50jährige Gedächtnißtag des in der Sylvesnacht 1813 durch das Blücher'sche Corps bewerkstelligten Rheinüberganges festlich begangen. Der Feier wohnte als Vertreter des Herzogs von Nassau der Staatsminister Fürst Wittgenstein mit dem General v. Breidbach bei. Unangenehm fiel es auf, daß aus den nahen preußischen Garnisonsorten Mainz und Coblenz kein einziger preußischer Offizier zu dieser Erinnerungsfeier sich eingefunden hatte, obgleich die Offiziercorps dazu besonders eingeladen waren. Die vielen anfänglich ausgehängten preußischen Fahnen wurden auch alsbald wieder entfernt.

In Kassel erregt viel Aufsehen ein Vorfall, der sich am Sylvesterabend bei dem Prinzen von Hessen-Philippsthal-Barchfeld dem Schwiegersohn des Kurfürsten, zwischen dem letzteren und seinem General-Adjutanten, dem General v. Meyerfeld, zugetragen hat. Die Veranlassung wird verschieden erzählt, aber alle Angaben stimmen darin überein, daß es sich um eine Bagatelle gehandelt. Der Kurfürst wurde dabei aber so heftig und ließ so rücksichtslos seinem Zorn den Lauf, daß dem General nichts übrig blieb, als sofort seine Entlassung zu fordern, die er dann auch schon am Neujahrsmorgen erhalten hat.

Aus Berlin, 6. d., wird tel. gemeldet: Im Untersuchungsausschuß wurde mitgetheilt, daß die Minister Graf v. Itzenplitz und Graf zu Eulenburg die erbetenen amtlichen Mittheilungen über die Wahlerlasse verweigert haben. — Im Budgetausschuß referirte Forckenbeck, welcher beantragte, den Etat für 1863 einfach zu verwerfen, falls die Regierung noch auf der Berathung bestehe. Der kgl. Commissarius erbat sich eine einstündige Pause zur Einholung der Meinung des Ministers. Den Etat für 1862 erklärte Forckenbeck, ohne ein vorgängiges besonderes Gesetz über eine Verfassungsänderung für diesen einzelnen Fall, für unberathbar. — Der Justizausschuß beschloß die Befürwortung der Freilassung Szulerzycki's, nicht aber die der beiden anderen Mitglieder des Hauses.

Die „B.- u. H.-Z." schreibt: „Die Anleihecommission des Abgeordnetenhauses ist zwar noch zu keinem Beschluß gelangt; die Meinung spricht sich jedoch überwiegend dahin aus, daß von der geforderten Summe von 12 Millionen Thaler die bundesmäßige Matricularumlage ausgesondert und nur deren Betrag genehmigt werden wird, jedoch mit Verweisung auf den Staatsschatz. Dieses längst vorauszusehende Ergebniß der Commissionsberathungen wird ohne Zweifel auch die Majorität des Hauses für sich haben, wenngleich es den Anschein hat, daß die den nationalen Wünschen mehr entsprechende Entwicklung welche die schleswig-holsteinische Angelegenheit mit dem durch die Bundescommissarien nicht gehinderten persönlichen Erscheinen des Erbprinzen zu nehmen scheint und die ausgedehnteren militärischen Vorkehrungen manches Oppositionsmitglied geneigter gemacht haben, für die Anleihe zu stimmen."

Das General-Consulat in Kopenhagen, dessen Gehalt seither schon auf dem Aussterbe-Etat stand, wird, wie verlautet, nicht wieder besetzt werden.

Der „Ostsee-Ztg." meldet man, daß die Mittheilung, wonach die öffentliche Verhandlung des Polen-Processes in Berlin schon Mitte d. M. beginnen werde, unbegründet ist. Die Ober-Staatsanwaltschaft dürfte bei dem ungeheueren Umfang des ihr vorliegenden Materials bis Ende d. M. die Abfassung der Anklageschrift vollenden, welche dann der Prüfung des Anklagesenats unterbreitet und demnächst ins Polnische übersetzt wird. Darüber dürften wenigstens noch zwei Monate vergehen, so daß der Proceß frühestens Anfangs April beginnen kann.

Ueber die Vorgänge, welche sich in Frankfurt in der Neujahrsnacht zugetragen, wurde der „L. Z." zufolge auf telegraphischem Wege alsbald eine Meldung nach Berlin erstattet. Behufs der Constatirung der näheren Umstände ist eine amtliche Erhebung der Thatsachen angeordnet. Derselbe Volkshaufen, welcher vor dem Hotel des preußischen Bundestagsgesandten Herrn von Sydow in der Neuen Mainzer Straße vorüberzog, hatte sich vorher vor der nächst der Zeile an dem Holzgraben befindlichen preußischen Caserne angesammelt und sich auch da zu bedauerlichen Ausschreitungen fortreißen lassen; fortgesetzte Rufe „Bismarcker! Bismarcker!" und Poltern wieder die geschlos-

jenen Thore und Fenster der Caserne hatten bald zur Folge, daß in den Hofräumen dieses Gebäudes die Alarmsignale der Hörner ertönten; Weiteres mochte jedoch der Haufen nicht abwarte ; er entfernte sich und wendete seinen Zug nun nach der Neuen Mainzer Straße hin.

Frankreich.

Paris, 5. Jänner. Der heute veröffentlichte Commissionsbericht empfiehlt zwar einstimmig die Annahme d s Gesetzentwurfs über die Supplementar-Credite, schließt aber doch mit folgenden Worten: „Unser Beruf ist, die Executivgewalt mit liebevoller Achtung zu warnen und von dem Abhange eines gefährlichen Vorwärtsstürzens zurückzuhalten. Die beste Ergebenheit ist die, welche, wo es Noth thut, nützliche Wahrheiten zu sagen weiß. Einstimmig rathen wir, der Mexico-Expedition ein Ende zu machen, nicht um jeden Preis, Gott behüte! sondern so schnell, als das Interesse und die Ehre Frankreichs es gestatten. Der Ausdruck dieses Wunsches entspricht sicherlich der allgemeinen Stimmung im Lande. Wir denken, die Regierung des Kaisers wird ihn günstig aufnehmen." — Zu dem von Polen handelnden Absatz der Adresse haben Baron Jerome David, Curé und noch zehn andere Deputirte ein Amendement eingebracht, welches es für an der Zeit erklärt, die Polen „als Kriegführende, nicht als Rebellen, sondern als Erben eines in der Geschichte und in den Verträgen niedergeschriebenen Rechtes anzuerkennen". — Für das Billault-Denkmal sind, laut „France", im gesetzgebenden Körper an einem Tage 16,000 Fr. gezeichnet worden.

Dänemark.

Der „Nat. Ztg." wird aus Kopenhagen, 3. d., geschrieben: „Der Gesandte am preußischen Hofe, v. Quaade ist hier, soll aber nicht ins Cabinet eintreten wollen. Von Versuchen Monrads zur Besetzung der noch vacanten Ministerstellen hat man nichts vernommen. Ein solcher Zustand kann begreiflicher Weise nicht lange dauern, zumal wenn der König lange von Kopenhagen entfernt bleiben, oder, was nicht unmöglich ist, gar nicht hieher sollte zurückkehren wollen, wodurch den Staatsrathssitzungen in dem einen Falle schwer zu überwindende, in dem anderen geradezu unüberwindliche, Schwierigkeiten entgegentreten würden. Daß das Ministerium, auch wenn es wollte, die Verantwortlichkeit für seine Handlungen übernehme, kann die ohnehin auf sehr schwachen Füßen stehende Autorität des Königs nur vollends untergraben helfen."

Die Königin Louise ist unwohl, man sagt an der Gesichtsrose; es hat daher keinerlei Neujahrs-Cour stattgefunden.

Die Gräfin Danner ist auf Skodsburg angekommen, wo sie, in trübseliger Isolirung, lebt.

Rußland.

Der „Pos. Z." wird geschrieben: Die Idee, auch im Königreich eine Bauernbewaffnung, wie solche in den westlichen Gouvernements geschaffen worden, ins Leben zu rufen, schwebte der Regierung wohl längst vor; allein es schien doch wohl zu bedenklich, die Bauern polnischer Nationalität und unter dem Einflusse der katholischen Geistlichkeit stehend, in eine Lage zu bringen, wo die Versuchung sie nur zu leicht auf Abwege führen könne. Diese Bedenken der Regierung scheinen indeß d r Nothwendigkeit, im Lande eine Schutzwehr gegen die vielen kleinen, von Militärcommandos nicht überall und immer erreichbaren Schaaren zu haben, gewichen zu sein und die Bewaffnung der bessergesinnten Landesbewohner wird immer mehr Thatsache. Man beginnt vorläufig mit Armirung deutscher Colonisten, besonders in den Gegenden wo das Terrain den Manipulationen jener Schaaren eben so günstig ist wie es den Truppen die Operationen erschwert. — So sind z. B. die Colonisten in Gegenden von Grujez, Zagorowo, Kopojno, Zbirsk und andere Güter des Koniner und Kalischer Bezirks seit etwa 8 Tagen in den Besitz von Waffen gelangt. Daß die Regierung hierbei mit Vorsicht zu Werke gehen muß, scheint dieser einzuleuchten, denn die polnischen Bauern, welche durch ihr materielles Interesse an die Regierung gekettet sind fühlen sich gleichsam zurückgesetzt und sehen mit Mißtrauen auf die den Deutschen gewährten Vorzüge. Die Geistlichkeit wird diesen Umstand gewiß zu benutzen wissen, um die längstens ausgestreute Meinung, daß die Deutschen mit den Russen gegen die polnische Bauern sich verbinden wollen, nun aufrecht zu erhalten.

Aus Westpolen, 2. Jänner, wird der „NPZ." geschrieben: In dem Städtchen Golin, zwischen Slupce und Konin war am 27. December eine Schaar von 8 Mann in die Wohnung des dortigen Bürgermeisters Drescher gedrungen, hatte diesen gefangen genommen und führte ihn eben nach dem Walde ab, um ihn aufzuhängen, als eine Militär-Abtheilung glücklicherweise dazwischen kam und den in Todesangst Schwebenden befreite. — Im Grojecer Wald wurde am 31. v. M. die Ehefrau eines deutschen Colonisten von einer Schaar von Aufständischen auf dem Weg ergriffen und an einem Baum verkehrt aufgehängt. Die Gräuel mehren sich, und wenn die zum Tod bestimmten Männer sich den Hängegensdarmen zu entziehen wissen, so rächen sich diese an den Weibern und Kindern und hängen sie an Stelle der Männer und Väter auf. Auch die Bedrängungen der Edelleute durch Schaaren zu 5 bis 10 Mann kommen immer häufiger vor. — In Nowawieś wurden am 29. Dec. vielfache Excesse verübt und ein Vogt, der sich den in den Dominialhof eindringenden Bewaffneten entgegenstellen und ihren Forderungen nicht genügen wollte, wurde von ihnen getödtet. Dies Alles scheint endlich den Adel zur Einsicht zu bringen, und es circulirt in vielen Exemplaren ein Aufruf an die polnischen Edelleute im Königreich, der sie ermahnt, sich an die Regierung anzuschließen und mit dieser vereint gegen die Partei zu kämpfen, die ihnen bereits Alles geraubt, sie und ihre Nachkommen in das tiefste Elend gestürzt hat und endlich ihnen auch noch das nehmen wird, was ihnen fast allein noch geblieben — das Leben. „Der Anfang ist bereits gemacht", heißt es in diesem Aufruf, „und wir haben nicht zu zögern, sondern unser Heil lediglich darin zu suchen, daß wir als Gegner denen entgegentreten, mit welchen wir bisher zu unserm Verderben gemeinschaftliche Sache gemacht haben.

Aus Wlocławek schreibt man der „Danz. Z.": Am dritten Feiertag wurde hier der Sohn eines Gutsbesitzers standrechtlich erschossen. Nachdem alle Ceremonien beendigt waren und die Execution vollzogen werden sollte, rief der Verurtheilte dem Major v. Schwarz zu, daß die Zeit seines Todes auf 9 Uhr festgesetzt sei und da es augenblicklich erst 3/4 auf 9 Uhr sei, er also das Recht habe, noch eine Viertel stunde zu leben; seinem Verlangen kam man pünctlich nach; um 9 Uhr gab er seine Uhr dem Geistlichen und commandirte selbst „Feuer!"

Nach der „NZ." wurden am 1. Januar die Gebrüder Rosmanith und deren Schwägerin Fräulein Zimmermann nach Rußland deportirt. Einer von den deportirten Brüdern soll zum Tode verurtheilt gewesen sein, und es gelang nur außerordentlichen Bemühungen angesehener Familien, ihn vom Henkertode zu retten, so daß das Urtheil in 12jähriges Gefängniß und Zwangsarbeit gemildert wurde.

Wie der „Dziennik powsz." vom 5. d. meldet, sind in Warschau am Neujahrstage Revisionen in zwei Häusern vorgenommen worden, die ein glänzendes Resultat geboten haben. In der Dzielna-Gasse im Hause Nr. 2373 wurden in der Wohnung des amnestirten Emigranten Joseph Napiórkowski eine Menge Lettern und andere Druckereigegenstände, dann ein geschriebener Aufruf der unterirdischen Regierung, ein Tagesbefehl an die nationalen Truppen und andere revolutionäre Schriften vorgefunden. In der Brückengasse mußten in dem nicht vollendeten Gebäude, Nr. 227, 11 Thüren erbrochen werden, worauf im 2. Stock eine große Druckereipresse mit einem vollständigen Schriftkasten polnischer Schrift, ein großer Vorrath an Lettern und gegen 800 Exemplare der erwähnten frisch gedruckten Erlässe vorgefunden wurden.

Am 20. v. hat nach dem „Dzien. powsz." die feierliche Consecration Sr. Hochwürden Łubieński's zum Bischof der Augustower Diöcese stattgefunden. Die Ceremonie hielt in der Janower Kathedralkirche Se. Hochwürden der Bischof Szymański unter Assistenz der Bischöfe Twarowski, Baranowski, der Geistlichkeit und eines zahlreich versammelten Volkes ab.

Am 2. d. hat eine fliegende Colonne, wie „Dz. powsz." berichtet, auf den Gütern Schweizer's im Rawer Kreis 2 vergrabene Kisten mit 100 Stück Waffen, zur Hälfte Stutzen, aufgefunden. Schweizer wurde verhaftet. Weiter bringt das genannte Blatt mehrere Berichte über siegreiche Gefechte gegen die Insurgenten.

General Murawieff hat unterm 24. Dezember eine Verordnung erlassen, durch die er seine früheren Verordnungen, welche den reuig zurückkehrenden Insurgenten Verzeihung versprochen hätten, vom 1ten Jänner an suspendirt und verfügt, daß mit allen Rebellen streng nach dem Wortlaut des Gesetzes zu verfahren sei. Eine andere Verordnung Murawieffs v. 22. Dec. sagt, es sei ihm die Nachricht geworden, daß einige Rebellenführer bei Anbruch des Winters ihre Schaaren aufgelöst und sie bei den Einwohnern des Landes, namentlich auf Gütern und auch in einigen Zinsdörfern untergebracht haben, um bei Einbruch einer besseren Witterung den Aufstand fortzuführen. Murawieff trägt in Folge dessen allen ihm unterstehenden Behörden auf, die von ihm angeordnete Anfertigung von Verzeichnissen aller Einwohner auf das Strengste auszuführen, damit sich Niemand der Eintragung in diese Verzeichnisse entziehe; es soll sorgfältig nach Leuten geforscht werden, „welche des Vertrauens nicht würdig sind, sich am Aufstande betheiligt haben und heimlich von den Rebellenbanden zurückgekehrt sind." Diese sollen, wo sie angetroffen werden, arretirt werden, eben so diejenigen, welche ihnen eine Schutzstätte gewährt haben. Hiebei sei „speciell auf die röm.-katholischen Klöster und Kirchen, Pfarreien und Wohnungen von Geistlichen zu achten, weil in diesen allen Landleuten Zuflucht gewährt wird. Murawieff erwartet von den Dienstmännern der Behörden, daß im Monat Jänner keine einzige verdächtige Person mehr im Lande sich befinden wird, welche der Aufmerksamkeit der Polizei entgehen könnte.

Aus Petersburg wird der „IB." geschrieben, daß Gen. Todtleben von seiner Inspectionsreise zurückgekehrt ist. Dem berühmten General wurde vor Kurzem das erste Söhnchen geboren und Kaiser Alexander übernahm bei der Taufe die Pathenstelle. In demselben Blatte wird das Gerücht von der Einleitung einer Untersuchung gegen den Ingenieur General Kerbedz in Warschau bestätigt. Derselbe soll seine amtliche Stellung zum Vortheil der polnischen Insurrection mißbraucht haben.

Ein am 2. d. v. veröffentlichtes kaiserliches Decret gestattet den Zollämtern erster Klasse, die verzollbaren Waaren zu expediren, auch wenn nur die Hälfte der Taxe bezahlt ist, und sonach Zollcredite bis zur Höhe der zweiten Hälfte gegen Hinterlegung von Werthpapieren zu bewilligen. Jedoch kann der Credit nur die eigentliche Zollgebühr, nicht auch die Nebentaxen umfassen; die Stationen erster Klasse von Tomaszow und Zawichost im Königreich Polen sind von dieser Begünstigung ausgeschlossen. In Polangen wurde die Bildung einer jüdischen Handelsgilde gestattet.

Donaufürstenthümer.

Aus Bukarest, 28. December, schreibt man der „L. Z.": In den Donauhäfen wird ein Arsenal von Waffen ausgeschifft, worunter sich 24 gezogene Kanonen belgischer Fabrik befinden. In Bukarest soll eine Kanonengießerei eingerichtet werden, und das Ministerium legt der Kammer einen Gesetz-Entwurf vor, welcher das ganze Land, das doch von keinem äußeren Feinde bedroht ist, unter die Waffen ruft. Der Gesetzesvorschlag, welcher gegenwärtig in den Sectionen berathen wird, soll schon in kürzester Zeit der Kammer vorgelegt werden, welche denselben, wie verlautet, nicht zurückweisen wird.

Amerika.

Der von den guatemalischen Truppen geschlagene Präsident der Republik San Salvador, General Barrios ist als Flüchtling in Panama angekommen.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, den 8. Jänner.

* Am 2. d. M. hat in der Sitzung der Gelehrten Gesellschaft (Section für Moralwissenschaften) Prof. Carl Mecherzyński eine Abhandlung über die Schule bei der Marienkirche in Krakau und über die Ritterschule im alten Polen gelesen. Dr. Majer, Präses des Vereins, forderte die Section auf, sich mit der Untersuchung und Prüfung einer eingeschickten Abhandlung über Jurisprudenz zu beschäftigen, einer der zwei Abhandlungen, die zum Concurs aus dem Siemieński'schen Fonds von der Gelehrten Gesellschaft ausgeschrieben war. Die Versammlung hat aus ihrer Mitte eine aus Juristen bestehende Commission gewählt, die in der genannten Abhandlung Einsicht nehmen wird.

* In der hiesigen Buchhandlung F. Baumgardten ist im Selbstverlag ein neues Werk, welches einen durch ähnliche Dichtungen descriptiven Inhalts und die zu denselben von ihm selbst gelieferten Zeichnungen bekannten Autor, Hr. Sigm. Bogusz Stęczyński zum Verfasser hat, das historische Poem „Świątynia Polaków" (der Polen-Tempel) in sauberer Ausstattung erschienen, das die Krakauer Kathedrale auf dem Wawel besingt.

* Wie der „Chwila" mitgetheilt wird, habe das Staatsministerium die ihm vorgestellte Habilitirung des Universitäts-Secretärs Dr. Ferdinand Weigel zum Universitätsdocenten nicht bestätigt, dagegen, dem Antrag der juristischen Facultät beistimmend, den Landesadvocaten Dr. Andreas Rydzowski zum Stellvertreter des Professors der Rechtsphilosophie und des Völkerrechtes ernannt, welches Fach hinsichts des polnischen Vertrages seit einigen Jahren, seit dem Tod des verdienten Prof. J. H. S. Rzesiński, verweist gewesen.

* Der beliebte Komiker u. stets applaudirte Couplettist H. Eduard Weidmann ladet für morgen zu seinem Benefiz ein. Ernstes und Heiteres kündigt die Affiche an: Lebende Bilder aus Schiller's „Glocke", Solo- und Ensemblescenen, Schnurren und unter diesen Copirung eines Krakauer Originals. Wenn auch nicht Allen Alles, wird doch Vielen etwas der Abend bringen.

* Herr Vincenz Pol wird vom 9. d. angefangen im Lemberger Rathhaussaale Vorlesungen über die polnische Literatur im XIX Jahrhundert halten.

* „Słowo" bringt eine literarische Uebersicht verschiedener Zeitschriften, welche in ruthenischer Sprache erschienen sind. Von der „Ländlichen Bibliothek" erschienen in Petersburg 1862 weitere 16 Hefte, worin Erzählungen von den beliebtesten Schriftstellern Storożenko, Mordowzow, Kuzmenko, Wowczek und andere enthalten sind. Außerdem erschien eine neue Ausgabe Kotlarewski's: „Natalka Poltawka", ukrainische Oper (Petersburg, 1862) und „der russische Zauberer", ukrainische Oper desselben. Ferner Lieder und Sinn-Gedichte von Tarnawski (Moskau 1862). Dann ukrainische Gesänge mit Clavierbegleitung von Karpenko (Petersburg). — Eine Grammatik für das ukrainische Volk von Jaszczenko, (Moskau); „Arithmetik" von Moroz; (Kiew); „Ukrainische Vorschriften" von Konyski, (Poltawa); „Rede eines Gutsherrn an seine Landleute" (Żytomir, anonym); endlich „Versuch eines südrussischen Wörterbuches" von Szejkowski, (Kiew). In demselben Jahre ist „Osnowa", ein literarisches Journal in 12 Büchern erschienen. Nicht minder fruchtbar war das Jahr 1863. Oler Storożenko gab 2 umfangreiche Bände Erzählungen heraus, darunter ein Drama „Harkusza", berühmter ukr. Räuber (Petersburg).

* Bei den am 30. December 1863 beim k. k. Landesgerichte in Lemberg gepflogenen Schlußverhandlungen wurden wegen Störung der öffentlichen Ruhe durch Theilnahme an der Insurrection abgeurtheilt: Leonhard Brokel aus Starzowa, Kreis Rzeszów (focht unter Kurowski, Langiewicz und Komorowski), 21 Jahre alt, röm.-kath., Hörer der Technik, zum Kerker von vierzehn Tagen; Karl Sołtyński aus Stanisławów (focht unter Wysocki), 20 Jahre alt, röm.-kath., Gymnasialschüler, Johann Schlam aus Lemberg, 32 Jahre alt, röm.-kath., Tischler, Stanislaus Towarnicki, aus Topolnica (focht unter Zapałowicz), 19 Jahre alt, gr.-kath., Handlungspraktikant, Johann Jurkiewicz aus Zawidowce, 18 Jahre alt, röm.-kath., Blechschmiedlehrling, Roman Sarasiuk aus Pohorodce, Kreis Stryj, 18 Jahre alt, gr.-kath., Bediente, Fedor Denega vel Dyniak aus Piaski bei Szczerzec, 24 J. alt, gr.-kath., Bediente, sämmtlich zum Kerker von zehn Tagen.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

Breslau, 7. Jänner. Amtliche Notirungen. Preis für eine preuß. Scheffel d. i. über 14 Garnez in Pr. Silbergr. = 5 kr. öst. W. außer Agio: Weißer Weizen von 54 — 68. Gelber 52 — 61. Roggen 39 — 43. Gerste 31 — 37. Hafer 25 — 29. Erbsen 40 — 50. -- Winterrübsen per 150 Pfund Brutto: 170 bis 190. — Sommerrübsen per 150 Pfund Brutto: 140—160. Rother Kleesaamen für einen Zollcentner (89½ Wiener Pf.) preuß. Thaler (zu 1 fl. 57½ kr. österreichischer Währung außer Agio) von 9½—13½ Thlr. Weißer von 9—19 Thlr.

Krakauer Cours am 7. Jänner. Neue Silber-Rubel Agio fl. p. 107 verlangt, fl. p. 106 gezahlt. — Poln. Banknoten für 100 fl. österr. Währ. fl. poln. 386 verl., 380 bez. — Preuß. Courant für 150 fl. öst. W. Thaler 82¾ verl., 81¾ bez. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. 119 verl., 118 bez. Russische Imperials fl. 9.90 verl., fl. 9.75 bez. — Napoleond'ors 9.65 verl., 9.50 bez. — Vollwichtige holländ. Dukaten fl. 5.75 verl., 5.65 bez. — Vollwicht. österr. Rand-Dukaten fl. 5.75 verl., 5.65 bez. — Polnische Pfandbriefe mit Coupons fl. p. 94½ verl., 93½ bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. in östr. W. 72.75 verl., 71.75 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst l. Coup. in CM. fl. 76 verl., 75½ bez. — Grundentlastungs-Obligationen in öst. Währ. fl. 72½ verl., 71¼ bez. — National-Anleihe vom Jahre 1854 fl. österr. Währ. 80 verl., 79 bez. — Actien der Car Ludwigs Bahn, ohne Coupons voll eingezahlt fl. österr Währ. 200 verl., 198 bezahlt.

Neueste Nachrichten.

Vom Kriegsschauplatz meldet „GN." daß ein aus 90 Mann Infanterie und 34 M. Cavallerie unter Anführung des Obersten Dąbrowski bestehendes Corps am 20. v. die Gränze überschritten und ins Lublinische eingedrungen. Bei diesem Corps waren auch die Anführer Ćwiek und Krysiński. Diese beiden Anführer drangen mit der Cavallerie ein und vereinigten sich mit ihren Corps. Seltsam ist nur, sagt „GN." weiter, daß Dąbrowski trotz seines zweitägigen Aufenthaltes in Polen nach der bewerkstelligten günstigen Ueberschreitung seines Corps, nach Galizien zurückgekehrt ist.

Wien, 7. Jänner. (Sitzung des Herrenhauses.)

In der Fortsetzung der Verhandlungen über den Staatsvoranschlag für 1864 u. z. zunächst über die Erfordernisse des Staats-Ministeriums (A politische Verwaltung) werden Titel 8 (Staatsbeitrag zu Wohlthätigkeitsanstalten), Titel 9 (Baubehörden), Titel 10 (Straßenbau), Titel 11 (Wasserbau) von der verstärkten Finanz-Commission (Berichterstatter Fürst Carl Jabłonowski) nach den vom Abgeordnetenhaus eingestellten Positionen beantragt und angenommen.

Der Titel „Landes-Gensdarmerie" wird ebenfalls nach der Einstellung des Abgeordnetenhauses angenommen. Titel 13 (Neubauten) und 14 (officielle Zeitungen) geben zu keiner Debatte Anlaß.

Berichterstatter Dr. F. Miklosich spricht über die Rubrik B „Cultus". Titel 1 betrifft den Staatszuschuß zu katholischen Religionsanstalten.

Die Position wird nach dem Commissionsvorschlag mit 1,825.081 fl. angenommen.

Titel 2 betrifft Stiftungen und Beiträge für den katholischen Cultus.

Das Abgeordnetenhaus hat die Post „Gehalt für den Rector der deutschen Nationalkirche Santa Maria dell' anima in Rom mit 1296 fl." aus dem Grund gestrichen, weil jene Kirche einen jährlichen Ueberschuß von 6000 Scudi hat. Die Commission spricht sich dagegen aus, erklärt sich aber nicht gegen den Zifferansatz des Abgeordnetenhauses, da der Staatsminister die Mittheilung machte, daß der Gehalt von dem Budget des Ministeriums des Auswärtigen übernommen werden soll.

Cardinal Rauscher beantragte, die vom Abgeordnetenhaus vorgenommene Streichung abzulehnen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Cardinal Rauscher angenommen.

Nächste Sitzung morgen.

Die „Gen. Corr." erklärt die Nachricht: Preußen habe von dem (mit Oesterreich gemeinschaftlichen) Antrag auf Besetzung und Inpfandnehmung Schleswigs unter den gegenwärtigen Verhältnissen zurücktreten wollen, für unbegründet.

Bakunin befindet sich seit Ende December in Bern.

Hamburg, 6. Jänner, Nachm. Die Telegraphenverbindung mit dem Norden ist wieder hergestellt. — Die „Berlingske Tidende" vom 4. d. meldet, daß die eingeübte Infanterie-Reserve von 1853, 1854 und 1855, so wie die freigeloofte Infanterie vom Jahre 1860/61 Mitte Jänner einberufen sei. — Nach „Faedrelandet" wird der Kammerherr von Quaade Director des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten.

Hamburg, 6. Januar. Die „HZ." meldet: Der Senat wird am Bunde für die Anerkennung des Herzogs Friedrich stimmen. Die Bürgerschaft nahm heute fast einstimmig den Antrag an, dem Senate zuversichtliche Erwartung auszusprechen, derselbe werde bei der Bundesabstimmung über die schleswig-holsteinische Erbfolge seine Stimme für das Recht des Herzogs Friedrich abgeben. — Die Bundestruppen werfen in Rendsburg dem Kronwerke gegenüber Schanzen auf.

Die Hamburger Nachrichten melden: Aus der einzigen bisher noch fehlenden holsteinischen Stadt Heiligenhafen kam heute eine Huldigungs-Deputation nach Kiel. Außerdem sind noch aus vielen Landdistricten Deputationen eingetroffen. Ein dänischer Parlamentär verlangte gestern die Entfernung der schleswig-holsteinischen Fahne von der Rendsburger Schleusenbrücke. Die Forderung wurde diesseits energisch zurückgewiesen.

Berlin, 6. Jänner, Abends. Der Budget-Ausschuß hat fast einstimmig beschlossen, den Etat für 1863 abzulehnen. — Das Budget für 1862 war nicht auf der Tagesordnung; Forckenbeck's Aeußerung war nur eine vorläufige Ankündigung.

Warschau, 6. Jänner. Eine Regierungs-Verordnung bestimmt den Sequester über das bewegliche und unbewegliche Vermögen der Theilnehmer am Aufstande; ebenso wird dem höheren Klerus außer der früheren Contribution neuerdings eine solche auferlegt, und zwar den Bischöfen und Administratoren von 18, den Canonicis von 6 Procent.

Turin, 4. Jänner. Heute wurden die Sitzungen wieder aufgenommen. Die Mandats-Niederlegung Guerazzi's ward angenommen. Die Abgeordneten d'Ondes und Crispi sprachen hierauf gegen und Massari für das die Unterdrückung des Brigantenwesens bezweckende Ausnahme-Gesetz.

Athen, 26. December. Durch das Armeeorganisationsdecret sind mehr als 300 Offiziere in Nichtactivität versetzt worden. In Folge eines Zwiespaltes zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Kriegsminister Smolenitz gab letzterer seine Entlassung. Der König mahnte die Minister zur Eintracht, worauf alle ihre Entlassung einreichten. In Lamia haben Demonstrationen gegen die Nationalversammlung stattgefunden. Die Untersuchung wegen der letzten Unruhen blieb resultatlos. Oberstlieutenannt Artimes wurde zum Gendarmeriechef ernannt.

(Vorstehende Depesche ist in Folge der durch Schneeverwehungen gestörten telegraphischen Verbindung aus Triest verspätet eingegangen).

Newyork, 26. Dec. Averell hat den Conföderirten die Verbindung mit Richmond auf der Tennessee-Virginischen Eisenbahn abgeschnitten. Johnstone übernahm das Commando der Truppen Braggs. Die Situation bei Knoxville und Charleston ist unverändert.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. **A. Boczek**.

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 7. Jänner.

Angekommen ist Herr Andreas Mieroszewski, Gutsbesitzer, aus Wieliczka.

Abgereist ist Herr Peter Wędrychowski, Gutsbesitzer, nach Polen.

Amtsblatt.

Z. 21887. **Kundmachung.** (14. 3)

Druckschriften-Verbot.

Das Krakauer k. k. Landes- als Preßgericht hat Kraft der ihm von Seiner k. k. Apostolischen Majestät verliehenen Amtsgewalt erkannt:

Der Inhalt der Druckschrift unter dem Titel: „Kolenda dla ludu polskiego na rok 1864ty — przez L. Leśniowską w Krakowie w drukarni „Czasu" W. Kirchmajera" begründe das im §. 305 St. G. vorgesehene Vergehen wider die öffentliche Ruhe und Ordnung — es werde nach §. 36 P. G. und §. 16 P. V. deren weitere Verbreitung verboten, und nach §. 37 P. G. die Vernichtung der mit Beschlag belegten Exemplare dieser Druckschrift angeordnet.

Krakau, 31. Dezember 1863.

Kundmachung. (15. 3)

Erkenntniß.

Das Krakauer k. k. Landesgericht hat Kraft der von Sr. k. k. Apostolischen Majestät verliehenen Amtsgewalt mit Urtheil vom 23. Dezember 1863, Z. 19466, zu Recht erkannt:

Der Inhalt der in der Druckerei des Herrn Vincenz Kirchmajer in Krakau gedruckten Aufforderung zu einer Bittandacht um die Ausdauer und den günstigen Erfolg des Aufstandes in Russisch-Polen begründe das im §. 305 St. G. vorgesehene Vergehen wider die öffentliche Ruhe und Ordnung und es werde die weitere Verbreitung dieser Druckschrift nach §. 36 des Preßgesetzes verboten.

N. 30875. **Kundmachung.** (19. 2-3)

Die Staatsprüfungen für den allgemeinen Baudienst werden bei der k. k. Statthalterei-Commission Donnerstag den 18. Februar 1864 beginnen.

Candidaten, welche sich dieser Staatsprüfung zu unterziehen gedenken, haben ihre diesfälligen Gesuche, in welchen sie die vollständig zurückgelegten technischen Studien und sonstigen Befähigungen im Sinne des Erlasses des hohen k. k. Staatsministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Bauten vom 13. März 1850 (R. G. Bl. v. Jahre 1850 N. 118) documentirt nachzuweisen haben, längstens bis 26. Jänner 1864 hieramts einzubringen.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 22. Dezember 1863.

Nr. 19285. **Kundmachung.** (29. 1-3)

Das hohe k. k. Staatsministerium hat aus dem Berichte über den Zustand der Krakauer Universitätsbibliothek im Verwaltungsjahre 1862., und namentlich aus dem Verzeichnisse der 576 Werke, welche der Krakauer Universitätsbibliothek an Privatgeschenken zugewachsen sind, die erfreuliche Theilnahme entnommen, deren sich diese Bibliothek erfreut. Hervorragend waren die Geschenke des galizischen Herrn Landesadvokaten Dr. Thomas Rayski (332 Werke in 630 Bänden), des ehrwürdigen Herrn Gymnasialkatecheten Dr. Janota (64 Werke), des Herrn Dr. Skobel öff. ord. Univerṣ. Professor (63 Werke), und des H. J. K. Żupański Buchhändler in Posen (32 Werke), des Herrn Adam Zawadzki Eigenthümers einer Buchhandlung und Buchdruckerei in Wilno (30 Werke), welche alljährlich die Krakauer Univ. Bibliothek mit Exemplaren der eigenen Verlagsartikel unentgeldlich betheilt.

Dies wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht und jedem der genannten Geschenkgeber noch insbesondere der Dank der Regierung ausgedrückt.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 26. Dezember 1863.

N. 2365. **Concurs-Kundmachung** (16. 3)

Zur Besetzung der beim k. k. Bezirksamte in Ulanow (Rzeszower Kreises) eventuell bei einem andern k. k. Bezirksamte mit dem Jahresgehalte von 1050 fl. ö. W. in Erledigung gekommenen prov. Bezirksvorstehersstelle.

Bewerber haben ihre gehörig instruirten Gesuche im vorgeschriebenen Dienstwege binnen 10 Tagen von der dritten Einschaltung dieses Concurses in das Amtsblatt der „Krakauer Zeitung" angefangen — gerechnet, zu überreichen.

Auf disponible, die formelle Eignung besitzende, der Landessprache in Wort und Schrift mächtige Beamte wird besonders Rücksicht genommen werden.

Von der k. k. Landescommission für Personal-Angelegenheiten der gemischten Bezirksämter.

Krakau, den 29. Dezember 1863.

N. 2271. **Concurs-Ausschreibung** (17. 3)

Bei dem k. k. Bezirksamte in Rozwadow, Rzeszower Kreises, eventuell bei einem andern gemischten k. k. Bezirksamte ist eine Bezirksvorstehersstelle mit dem Jahres-Gehalte von 1050 fl. ö. W. provisorisch zu besetzen.

Bewerber um diese Stelle haben ihre gehörig instruirten Gesuche unter Anschluß der Qualificationstabelle im vorgeschriebenen Dienstwege bis zum 15. Jänner 1864 anher zu leiten.

Auf disponible, die formelle Eignung besitzende, der Landessprache in Wort und Schrift mächtige Beamte wird vorzugsweise Rücksicht genommen werden.

Auch werden die einlaufenden Competenzgesuche auch bei Besetzungen der weiteren, mittlerweile etwa vorkommenden Erledigungen von Bezirksvorstehersstellen berücksichtigt werden.

Von der k. k. Landes-Commission für Personal-Angelegenheiten der gemischten Bezirksämter.

Krakau, am 23. Dezember 1863.

N. 2340. **Concurs.** (13. 3)

Zur provisorischen Besetzung der beim k. k. Bezirksamte in Wadowice erledigten mit dem Gehalte von 420 fl. ö. W. verbundenen zwei Actuarsstellen wird der Concurs eröffnet.

Bewerber um diese Stellen haben ihre gehörig belegten Gesuche binnen vierzehn Tagen von der dritten Einschaltung dieses Concurses in das Amtsblatt der Krakauer Zeitung im vorgeschriebenen Dienstwege bei der k. k. Kreisbehörde in Wadowice zu überreichen.

Insbesondere wird auf disponible die formelle Eignung besitzende, der Landessprache in Wort und Schrift mächtige Beamte, vorzugsweise Rücksicht genommen werden, und es werden die sich meldenden Bewerber auch bei der Besetzung der mittlerweile auch bei andern Bezirksämtern in Erledigung kommenden Actuarsstellen berücksichtigt werden.

Von der k. k. Landescommission für Personal-Angelegenheiten der gemischten Bezirksämter.

Krakau, 25. Dezember 1863.

Nr. 22135. **Kundmachung.** (22. 2-3)

Zur Wiederbesetzung der Tabak-Großtrafik am Kazimierz zu Krakau und der damit in Verbindung stehenden Kleintrafik wird die neuerliche Concurrenz-Verhandlung ausgeschrieben, zu welcher die Offerte unter den in der Kundmachung vom 21. November 1863 Zl. 18660 angedeuteten Bedingungen längstens

bis 20. Jänner 1864 6 Uhr Abends

bei der k. k. Finanz-Bezirks-Direction in Krakau einzubringen sind.

Von der k. k. Finanz-Landes-Direction.

Krakau, am 23. December 1863.

L. 21115. **Edykt.** (26. 1-3)

C. k. sąd krajowy w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem, iż w drodze egzekucyi prawomocnego wyroku z dnia 27. Stycznia 1862 r. do L. 22579 celem zniesienia współwłasności realności pod L. 116 D.V/21 G. VII. w Krakowie na Kleparzu położonéj pp. Barbary Ziembińskiej, Maryi Kopczyńskiéj i Magdaleny Kaniewskiej własnéj z powodu, iż drugi termin licytacyjny dla braku licytantów bezskutecznie upłynął, wyznacza się do sprzedaży w drodze publicznéj licytacyi téjże realności trzeci i ostatni termin na dzień 11. Lutego 1864 o godzinie 10. z rana w sądzie tutejszym pod warunkami edyktem z dnia 24. Sierpnia 1863 L. 13733 w gazecie krakowskiéj w Nr. 212 213 214 ogłoszonemi z tą tylko odmianą:

a) co do warunku 1go., iż realność powyższa także i niżéj ceny szacunkowéj sprzedaną zostanie,
b) co do warunku 2go., iż wadium stanowi 5procent ceny szacunkowéj to jest, kwota: 158 złr. 50 kr. w. a.
c) co do warunku 3go., iż nabywca pierwszą trzecią część ceny kupna złoży w 60 dniach po doręczeniu mu uchwały akt licytacyjny zatwierdzającéj.

O czém się strony sporne, wierzyciele hipoteczni niniejszym edyktem zawiadamiają.

Kraków 1 Grudnia 1863.

Nr. 3031. **Kundmachung.** (18. 2-3)

Vom k. k. Bezirksamte Oświęcim als Gerichte werden im Grunde Ansuchens des k. k. Kreisgerichtes Teschen im Zwecke Hereinbringung der durch Herrn Leopold Haas aus Bielitz wider H. Anton Szczerbowski aus Oświęcim ersiegten Wechselforderung pr. 150 fl. öst. W. der 5perz. Interessen hievon seit 20. August 1859, der Gerichtskosten pr. 6 fl. 48 kr. öst. W., der Executionskosten pr. 3 fl. 88 kr. und 3 fl. 18 kr. ö. W., der Schätzungsgebühr pr. 25 fl. 68 kr. und der weiteren Kosten pr. 10 fl. 14 kr. ö. W. — zur executiven öffentlichen Feilbietung der, dem Herrn Anton Szczerbowski gehörigen Hälfte der Hausrealität sub N. C. 29 in Oświęcim, die ersten zwei Feilbietungstermine auf den 13. Jänner 1864 und 17. Februar 1864 jedesmal um 10 Uhr Vormittags in der dasigen Gerichts-Canzlei ausgeschrieben, welche Feilbietung unter folgenden Bedingungen abgehalten werden wird:

1tens Zum Ausrufspreise ist der gerichtlich erhobene Schätzungswerth von 1175 fl. 85 kr. öst. W. bestimmt; bei den ausgeschriebenen zwei Feilbietungsterminen wird die zu veräußernde Realität nicht unter diesem Schätzungswerthe hintangegeben.

2tens Jeder Kauflustige ist verpflichtet, das Vadium mit 117 fl. 50 kr. in barem Gelde zu Handen der Licitations-Commission zu erlegen.

3tens Sollte die zu veräußernde Realität bei diesen zwei ersten Feilbietungsterminen weder über, noch um den Schätzungswerth an Mann gebracht werden können, so wird unter Einem zur Einvernahme der Gläubiger behufs Festsetzung leichterer Bedingungen der Termin auf den 17, Februar 1864 Nachmittags 4 Uhr hiergerichts anberaumt.

Die in 7 Absätzen abgefaßten Licitationsbedingnisse können im Ganzen in der hiergerichtlichen Registratur eingesehen werden.

Für jene Gläubiger, deren Aufenthaltsort unbekannt ist, oder denen der Feilbietungsbescheid entweder nicht genug zeitlich, oder gar nicht zugestellt werden konnte, oder die erst nach dem 10. Juni in das Grundbuch gelangen sollten, wird der k. k. Notar Herr Theofil Ritter von Chwalibóg zum Curator ad actum aufgestellt

K. k. Bezirksamt als Gericht.

Oświęcim, am 30. November 1863.

N. 9293. **Obwieszczenie.** (24. 2-3)

Ces. król. Sąd obwodowy w Przemyślu podaje do publicznéj wiadomości, iż w skutek prośby zarobnika Grzegorza Wiecha na dniu 14 Października 1863 do L. 9293 wniesionéj, dowód przez świadków celem uznania, iż tegoż małżonka Anna Wiech urodzona Koczargo dnia 11go Czerwca 1855 w Leżajsku podczas odpustu pod samą wozownią klasztorną na tarcicach trzymając żyjącą jeszcze córkę Maryę w ramionach z nędzy umarła, — że zatém ten węzeł małżeński rozłączonym jest, — dopuszczono i zginionej Annie Wiech kuratora w osobie Dra. Madejskiego z zastępstwem Dra. Zezulki ustanowiono.

Wzywa się zatém tych wszystkich, którzy o śmierci żony Wiechowéj i okolicznościach téj śmierci towarzyszących jakąkolwiek wiadomość mają, ażeby w przeciągu pół roku Sądowi tutejszemu o takowych donieśli.

Przemyśl, 18 Listopada 1863.

L. 2702. **Edykt.** (25. 1-3)

C. k. sąd powiatowy w Skawinie czyni wiadomo, że w dniu 24. Sierpnia 1847 r. umarł w Lusinie Szymon Gil bez pozostawienia ostatniéj woli rozporządzenia. Sąd nieznając pobytu syna tegoż Wincentego Gila, wzywa takowego, ażeby się w przeciągu roku jednego od dnia dzisiejszego zgłosił i oświadczenie się do spadku wniósł, inaczéj bowiem spadek z innymi dziedzicami, którzy się zgłosili i z kuratorem Franciszkiem Nazimem z Lusiny dlań ustanowionym, pertraktowanym zostanie.

C. k. Sąd powiatowy.

Skawina, 22 Grudnia 1863.

Z. 2219. **Edict.** (27. 1-3)

Von dem kais. königl. Bezirksamte als Gerichte zu Krynica wird der unbekannt wo befindlichen aus Łapanowa gebürtigen Frau Valeria Fox, mit diesem Edicte bekannt gemacht, daß wider sie Herr Wenzel Hoffmann, Tabakverleger aus Krynica, sub pr. 6. Dezember 1863 Z. 2219 eine Klage auf Bezahlung von 162 fl. öst. W. s. N. G. überreicht habe, worüber zur summarischen Verhandlung die Tagfahrt auf den 16. Februar 1864 um 9 Uhr Vormittags bei diesem Gerichte angeordnet wurde.

Nachdem der Wohnort der Geklagten dem Gerichte unbekannt ist, so wird auf Gefahr und Kosten derselben zu ihrer Vertretung in diesem Rechtsstreite ein Curator in der Person des H. Johann Nitribitt in Krynica bestellt, diesem die Klage zugestellt, und die Geklagte hiemit aufgefordert, diesem bestellten Vertreter ihre Behelfe zeitgerecht mitzutheilen, oder dem Gerichte einen andern Sachwalter bekannt zu machen, widrigens mit dem aufgestellten Curator ordnungsmäßig verhandelt werden wird.

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte.

Krynica, 16. Dezember 1863.

Anzeigeblatt.

Getreide-Preise

auf dem letzten öffentlichen Wochenmarkte in Krakau, in zwei Gattungen classificirt.

Aufführung der Producte	I. Gattung von fl.	kr.	I. Gattung bis fl.	kr.	II. Gattung von fl.	kr.	II. Gattung bis fl.	kr.
Der Metzen Winter-Weizen	3	35	3	75	3	25	3	30
„ Saat-Weizen	—	--	3	50	—	—	3	40
„ Roggen	2	25	2	30	—	—	2	20
„ Gerste	2	20	2	25	—	—	2	15
„ Hafer	—	—	1	80	—	—	1	75
„ Erbsen	3	—	3	15	—	—	2	95
„ Hirsegrütze	5	25	5	50	—	—	5	—
„ Fisolen	3	40	3	50	—	—	3	25
„ Buchweizen	—	—	2	50	—	—	2	25
„ Hirse	2	50	2	75	—	—	2	25
„ Linsen	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Winterraps	—		6	50	—	—	6	—
„ Kartoffeln neu	—	—	1	—	—	—	—	95
Centn. Heu (Wien. Gew.)	—	—	2	—	—	—	1	80
„ Stroh	—	—	--	90	—	—	—	—
1 Pfund fettes Rindfleisch	—	20	—	22	—	17	—	18
„ mageres „	—	18	—	20	—	14	—	16
„ Lungenfleisch	—	—	—	35	—	—	—	30
Spiritus Garniec mit Bezahlung	—	—	2	20	—	—	—	—
dito. abgezogener Branntw.	—	—	1	69	—	—	—	—
Garnetz Butter (reine)	3	75	4	—	—	—	—	—
1 Pfund Schweinefleisch	—	20	—	23	—	—	—	—
„ Kalbfleisch	—	16	—	18	—	—	—	—
„ Unschlittkerzen	—	46	—	48	—	—	—	—
„ Speck	—	—	—	—	—	—	—	—
Hühner-Eier 1 Schock	1	35	1	50	1	25	—	—
Gerstengrütze ⅛ Metzen	—	40	—	45	—	30	—	35
Częstochauer dtto.	—	—	1	—	—	—	—	—
Weizen dtto.	—	—	—	80	—	—	—	75
Perl dtto.	—	—	1	—	—	—	—	90
Buchweizen dtto.	—	—	1	-	—	—	—	—
Geriebene dtto.	—	—	—	60	—	—	—	—
Graupe dtto.	—	—	—	65	—	—	—	—
Hirsengrütze dtto.	—	65	—	70	—	—	—	60
Mehl aus fein. dtto.	—	60	—	65	—	45	—	55
1 Schock Häupterkraut	—	—	—	—	—	—	—	—
1 Klafter hartes Holz	10	—	12	—	—	—	9	—
1 „ weiches „	8	—	—	10	—	—	9	—

Vom Magistrate der Hauptstadt Krakau am 5. Jänner 1864.

Deleg. Bürger Karol Rząca. Magistrats-Rath Wisłocki. Markt-Kommissär Jezierski.

Wiener Börse-Bericht

vom 5. Jänner.

Oeffentliche Schuld.

A. Des Staates.

	Geld	Waare
In Oestr. W. zu 5% für 100 fl.	68.—	68.10
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl. mit Zinsen vom Jänner — Juli	79.70	79.80
vom April — October	79.75	79.90
Vom Jahre 1851, Ser. B. zu 5% für 100 fl.	—.—	—.—
Metalliques zu 5% für 100 fl.	72.30	72.50
dtto „ 4½% für 100 fl.	64.—	64.25
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	140 --	140.50
„ 1854 für 100 fl.	90.50	91 —
„ 1860 für 100 fl.	93.20	93.30
Como-Rentenscheine zu 42 L. austr.	18.—	18.50
B. Der Kronländer.		
Grundentlastungs-Obligationen		
von Nieder-Öster. zu 5% für 100 fl.	87.50	88.—
von Mähren zu 5% für 100 fl.	91.—	—.—
von Schlesien zu 5% für 100 fl.	88.50	89.—
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	87.25	87.50
von Tirol zu 5% für 100 fl.	91.—	—.—
von Kärnt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	87.—	89 —
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	75.—	75.50
von Temeser Banat zu 5% für 100 fl.	72.75	73.25
von Kroatien und Slavonien zu 5% für 100 fl.	74.25	74.75
von Galizien zu 5% für 100 fl.	71.75	72.—
von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl.	71.90	72.25
von Bukowina zu 5% für 100 fl.	71.—	71.50
Actien (pr. St.)		
der Nationalbank	783.—	785.—
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 200 fl. östr. W.	178.60	178.80
Niederösterr. Escompte-Gesellschaft zu 500 fl. ö. W.	655.—	658.—
der Kais. Ferd. Nordbahn zu 1000 fl. CM.	1713.	1715.
der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. CM. oder 500 Fr.	186.50	187.—
der Kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. CM.	137.25	137.75
der Süd-nordd. Verbind.-B. zu 200 fl. CM.	126.—	126.50
der Theisb. zu 200 fl. CM. mit 140 fl. (70%) Einz.	147.—	—.—
der vereinigten südöster. lomb.-ven und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. östr. W. oder 500 Fr.	247.—	248.—
der galiz. Karl Ludwigs-Bahn zu 200 fl. CM.	197.50	198.—
der österr. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. CM.	427.—	429.—
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. CM.	230.—	232.—
der Ofen-Pesther Kettenbrücke zu 500 fl. CM.	392.—	394.—
der Wiener Dampfmühl-Actie-Gesellschaft zu 500 fl. östr. W.	430.—	440.—
der priv. böhmischen Westbahn zu 200 fl. ö. W.	153.50	154.—
Pfandbriefe		
der Nationalbank auf CMze 10jährig zu 5% für 100 fl.	102.50	103.—
der Nationalbank auf CMze verlosbar zu 5% für 100 fl.	90.—	90.50
der Nationalbank auf östr. W. verlosbar zu 5% für 100 fl.	86.10	86.30
Galiz. Credit-Anstalt östr. W. zu 4% für 100 fl.	—.—	72.50
Lose		
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. östr. W.	136.70	136.90
Donau-Dampfsch.-Gesellschaft zu 100 fl. CM.	90.50	91.—
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. CM.	112.—	114.—
„ „ „ zu 50 fl. CM.	50.—	50.50
Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. östr. W.	30.50	31.—
Esterhazy zu 40 fl. CMze	94.—	94.50
Salm zu 40 fl. „	36.50	37.—
Palffy zu 40 fl. „	33.75	34.25
Clary zu 40 fl. „	32.50	32.75
St. Genois zu 40 fl. „	34.—	34.25
Windischgrätz zu 20 fl. „	19.50	20.—
Waldstein zu 20 fl. „	20.25	20.75
Keglevich zu 10 fl. „	16.—	16.25
Wechsel. 3 Monate. Bank- (Platz-) Scouto		
Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 5%	102.75	103.—
Frankfurt a. M., für 100 fl. süddeut. Währ. 5%	102.75	103.—
Hamburg, für 100 M. B. 5%	91.—	91.25
London, für 10 Pf. Sterl. 7%	120.20	120.40
Paris, für 100 Francs 7%	47.60	47.65

Cours der Geldsorten.

	Durchschnitts-Cours fl.	kr.	fl.	kr.	Letzter Cours fl.	kr.	fl.	kr.
Kaiserliche Münz-Dukaten	—	—	—	—	5	75	5	77
„ vollw. Dukaten	—	—	—	—	5	75	5	77
Krone	—	—	—	—	16	55	16	60
20 Francstücke	9	56	—	—	9	65	9	67
Russische Imperiale	—	—	—	—	9	90	9	95
Silber	—	--	—	—	119	75	120	25

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Stunde	Barom.-Höhe auf in Paris. Linie 0° Reaum. red.	Temperatur nach Reaumur	Relative Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Aenderung der Wärme im Laufe des Tages von	bis
7	2	334‴ 73	— 1°2	100	Ost schwach	heiter		— 5°6	— 1°2
	10	34 65	— 2°6	100	„	trüb			
8	6	34 38	— 3°8	100	„	„			

Druck und Verlag des **Carl Budweiser.**